2. Jahrgang. Nr. 52.

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, 3. März 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3,— Mk.

Noske wieder bereit zum Arbeitermord.

Für die Koalition mit der Deutschen Volkspartei. — Die Differenzen in der SPD.

In einem bürgerlichen Berliner Abendblatt wirbt Gustav Noske, Reichswehrminister a. D., Oberpräsident von Hannover, für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Hören wir ihn:

„Wenn politische Parteien „niemals" sagen, gilt das häufig nur für einige Zeit. Als man auf der letzten Kasseler Tagung der sozialdemokratischen Parteien beschloß, im Reiche nicht in eine Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei einzutreten, war das ebenfalls nicht für die Ewigkeit gedacht. . . ."

„Die Sozialdemokratische Partei hat, so wie andere Parteien auch, im Laufe der Jahrzehnte wiederholt Beschlüsse nicht aufrechterhalten können."

„Aber wer wie ich in viele Dinge einen Einblick gewinnen konnte, der uns früher verschlossen blieb, weiß zu ermessen, was das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung für Wirkungen in rückläufiger Hinsicht hätte."

Und seiner Weisheit Schluß lautet: Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Noske ist nicht kleinlich:

„Daß die Sozialdemokratische Partei von den Deutschvolksparteilern im Wahlkampf hart verunglimpft wurde, wird keinen verständigen Politiker zu einer Verärgerungspolitik veranlassen. Man will sich nicht zu einer Liebesheirat zusammentun, sondern aus nüchterner, kühler Erwägung ein Stück Weges zusammengehen, da angenehmere Marschgenossen zurzeit nicht zu haben sind."

Die Koalition mit den Unabhängigen, wie sie in Sachsen mit „Ach und Krach" zustande gekommen sei, lehnt Noske ab.

„Man verbindet sich nicht mit einem Sterbenden, wenn man voran kommen will."

Noske hält Scheidemann für weniger sterbend als Crispien. Wir wollen mit ihm hierüber nicht rechten.

Wie zur Zeit des klassischen Noskesystems, richtet Noske seine ganze Sorge nur darauf, wie er verständnisvoll die Nöte der Bourgeoisie beseitigen könne:

„Zentrum und Demokraten werden jedoch nicht leicht geneigt sein, mit den Sozialdemokraten die neue Preußische Regierung zu bilden. Zusammen mit der Deutschen Volkspartei regieren sie im Reiche. Die Reichspolitik auferlegt ihnen viel größere Verantwortung, als ihr Tun in Preußen. Wegen der Haltung ihrer Reichsminister und ihrer Politik im Reichstage erfahren sie seit dem Juni vorigen Jahres fortgesetzt scharfe Kritik durch sozialdemokratische Redner im Reichstage und noch schärfere Anklagen in der sozialdemokratischen Presse. Auf die Dauer geht es nicht an, daß Parteien in Preußen einträchtig zusammenarbeiten sollen, die auf dem Gebiete der Reichspolitik beträchtliche Gegnerschaft — markieren."

Noske findet, daß der sich revolutionär gebärdende Chor der sozialdemokratischen Presse unnötigerweise peinliche Schwierigkeiten macht und er stopft voll giftigem Hohn seinen kläffenden Parteigenossen also das Maul:

„Die Opposition der Sozialdemokraten im Reichstage ist in Wahrheit keine Opposition. Sie enthalten sich zwar der Teilnahme an der Regierung, üben auch oft Kritik, hüten sich jedoch, so ernsthafte Schwierigkeiten zu machen, daß dadurch ein Sturz der Regierung herbeigeführt werden könnte."

Das oppositionelle Getue bezeichnet er richtig als einen Kniff, um die „Mitglieder sowie Abonnenten für die Parteiblätter und Wählerstimmen zu gewinnen". Jetzt aber sei es Zeit, damit aufzuhören:

„Alle Parteiführer, von denen die Sachlage überschaut wird, lassen sich durch das Geplänkel in der Presse über die Bildung der Preußenregierung nicht täuschen. Man könnte sich ruhig viele Worte sparen, ohne dabei auf gute Gründe verzichten zu müssen."

Noske zeichnet den Kurs vor, den die Sozialdemokratie zu gehen hat, und als plumpes „Enfant terrible" verdirbt er seinen schlaueren Genossen das Konzept. Aber er gibt zugleich das rettende Stichwort aus: London.

Der Bruderbund zwischen monarchistischer Soldateska und Sozialdemokratie, der den „Noskekurs" bei den Arbeitern so verhaßt machte, er soll wieder aufleben, verhüllt und „begründet" durch die Phrase vom Londoner Diktat.

* * *

Entgegen diesen Ausführungen Noskes für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei setzt sich die „Volkswacht" am Dienstag aufs hohe Roß. Sie lehnt alle Anbiederungsversuche der Deutschen Volkspartei ab und sucht den Demokraten und dem Zentrum nachzuweisen, daß sie in Preußen mit der Sozialdemokratie ganz gut regieren könnten. Man rechnet dabei auf die stillschweigende parlamentarische Unterstützung durch die Unabhängigen. Von Noske rücken die „Volkswacht" und der „Vorwärts" ab. Der „Vorwärts" polemisiert auch dagegen, daß Noske (wie übrigens auch Scheidemann, Hänisch usw. tun) seine Geistesprodukte in einem bürgerlichen Blatt veröffentlicht.

* * *

Die Arbeiterschaft sieht an diesem Auftreten Noskes, was die Stunde geschlagen hat. Das Regierungsprogramm der Deutschen Volkspartei ist innerpolitisch allgemeine Beseitigung des Achtstundentages, Herabsetzung der Löhne, allgemeine Erhöhung der Preise aller Bedarfsartikel auf die Weltmarktspreise, Abwälzung der Steuern auf die Schultern des Proletariats, Ausbau der Orgesch und der staatlichen Polizei- und Militärmacht zur Unterdrückung der Arbeiterschaft bis zum Weißbluten. Mag nun Noske oder Geßler dabei den Arbeiterschlächter machen, wir Arbeiter würden in beiden Fällen die Kälber auf der Schlachtbank des Kapitalismus sein.

Demgegenüber wird es hohe Zeit, daß sich die Arbeiterschaft zur einheitlichen kampfentschlossenen Front auf der Grundlage des Offenen Briefes formiert. Es muß über das Bekenntnis dazu hinaus gegangen werden zur Lösung der praktischen Aufgaben, die notwendig sind für den Aufmarsch der Massen zum Kampf.

Orgesch in den Betrieben.

Die Wahlen zum Preußenparlament haben, vom Prinzip der reinen Demokratie, der Zahl der abgegebenen Stimmen aus betrachtet, den bürgerlichen Parteien einen Machtzuwachs gebracht. Der Streit um die Ministersessel ist noch nicht abgeschlossen, die Frage, wer den Regierungskurs mit seiner Person decken soll, ist noch nicht geklärt. Der Kurs selbst steht aber fest. Es ist der Kurs zur Wahrung und weiteren Festigung der kapitalistischen Wirtschaft um den Preis der weiteren Verelendung des Proletariats. Er ist die Wegrichtung der Bourgeoisie.

Die Bourgeoisie ist nicht so hirnverbrannt zu glauben, daß sich der Wiederaufbau und Erhalt der kapitalistischen Wirtschaft mit dem Willen des Proletariats vollziehen können, es ahnt den Widerstand dieser Massen, es fürchtet das Heer der durch das Profitsystem aus dem Produktionsprozeß Ausgeschalteten. Es fürchtet aber auch die Kraft der noch in den Betrieben stehenden Lohnsklaven.

In der Zeit nach der „Revolution" hat es das Kapital versucht und verstanden und die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer haben dabei Zuhälterdienste geleistet, diese Kraft des Proletariats durch Arbeitsgemeinschaften zu lähmen und stillzulegen. Die fortschreitende Verelendung des Proletariats rüttelte aber an den Voraussetzungen dieser Arbeitsgemeinschaften, der Klassenharmonie. Immer breitere Massen sehen ein, daß nur entschiedener und bewußter Klassenkampf die zusammengeballte Macht der Bourgeoisie zertrümmern kann. Die fortschreitende Verelendung der Massen revolutioniert die Geister, zerschlägt die durch menschewistische Propaganda angenommene Einstellung, daß die kapitalistische Wirtschaft erst wieder gesund gemacht werden muß, um dann zum Sozialismus überzugehen. Lohnkämpfe entstehen, die über den Rahmen von einfachen Lohnkämpfen hinauswachsen, die den Stempel des Klassenkampfes tragen. Ueberall sieht man eine Zuspitzung der Gegensätze, die nur durch gewaltsame Auseinandersetzungen gelöst werden können. Wir leben in einer Zeit des latenten Bürgerkrieges.

Die Bourgeoisie rechnet mit dem Aeußersten. Nicht genug, daß sie im kapitalistischen Staate ihre legale Vertretung, ihre Ausführungs- und Polizeiorgane „von Rechtswegen" besitzt, schafft es sich seine eigenen Organisationen, um die restlose Erreichung des gesteckten Zieles, die unbedingte Unterdrückung des Proletariats zu gewährleisten. Die Bourgeoisie schafft sich ihre Selbstschutzorganisationen in Bayern unter dem offenen Protektorat der Regierung, in Preußen unter der protestierenden Duldung der demokratisch-sozialdemokratischen „Volks"regierung.

Vor kurzer Zeit haben wir einiges über die Rüstungen der Orgesch und ihre Erscheinungsformen hier in Schlesien veröffentlicht. Wir haben den „produktive Erwerbslosenfürsorge" treibenden schlesischen Landbund als Formation der Gegenrevolution gekennzeichnet, wir haben die Fäden aufgedeckt, die die Arbeitsgemeinschaft Roßbach mit der Orgesch verbinden, wir konnten auf den Pamminer Flurschutz und die Unterbringung von Baltikumtruppen auf Rittergütern in geschlossenen Formationen unter dem Decknamen „Landarbeiterhilfe" aufmerksam machen. Wir wissen, daß überall Spitzelzentralen bestehen, die revolutionäre Arbeiter den bürgerlichen Gerichten ausliefern, ja, daß Verbindungen bestehen, die führende Proletarier morden sollen.

Doch nicht genug damit, daß die Gegenrevolution sich auf dem flachen Lande wohlorganisiert hat, geht sie jetzt dazu über, ihre Spitzel in die großindustriellen Betriebe zu senden. Sie schafft sich illegale Werkpolizeien, Spitzelorganisationen aus entlassenen, nicht arbeiten könnenden oder wollenden Offizieren und brotlosen Bourgeois.

Einen Versuch mit dieser neuen Form der Arbeiterunterdrückung wagte das Kapital im Mansfelder Bergwerksgebiet, worüber wir berichtet haben. Er scheiterte an der Abwehraktion des Mansfelder Grubenproletariats, das sich über die Köpfe der unfähigen, den Kampf nicht wollenden, nach dem Kampf Verrat übenden Gewerkschaftsführer hinweg zu geschlossener Aktion zusammenballte und in einem „wilden" Streik erreichte, daß die Werkpolizei aufgelöst wurde.

Das Wesen dieser Einrichtung ist durch seinen Namen gekennzeichnet. Sie ist der Gendarm der Unternehmerklasse gegen die Arbeiter in den Betrieben.

Auch in Schlesien ist das Unternehmertum dabei, in den Großbetrieben Vorposten der Orgesch, Spitzel und Provokateure einzuquartieren. Wir konnten schon im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Arbeitsgemeinschaft Roßbach, von Versuchen, Baltikumer als Porters für Spitzeldienste in die Betriebe einzuschieben, berichten.

Das Proletariat muß auf der Hut sein. Ganz deutlich ist erkennbar, daß das Unternehmertum Hand in Hand mit

Die deutschen Gegenvorschläge in London.

Die „Breslauer Zeitung" meldet den Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge. Darin werden der Entente statt der geforderten 242 Milliarden 50 Milliarden angeboten, von denen noch die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands abzuziehen seien. Die 50 Milliarden werden durch eine Zins- und Zinseszinsrechnung als Jetztwert der Forderungen der Entente berechnet. Die 12prozentige Ausfuhrabgabe wird abgelehnt.

Als Zahlungsmodus wird vorgeschlagen, eine internationale Anleihe auf die deutsche Schuld aufzunehmen und: „Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten 5 Jahre die Zahlung einer Annuität von je einer Milliarde Goldmark. Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen."

Voraussetzung für die vorstehenden Vorschläge soll sein:

a) „daß die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland belassen wird,

b) daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehres beseitigt und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird."

Simons hat diese Vorschläge am Dienstag der Londoner Konferenz vorgelegt. Wir werden noch näher darauf eingehen.

Das neue Wettrüsten.

London, 1. März. Der neue amerikanische Marinesekretär **Denby** erklärte, das Ziel der neuen amerikanischen Regierung werde sein, eine amerikanische Flotte zu bauen, an die keine andere Flotte der Welt heranreiche.

den Großagrariern dabei ist, der Arbeiterschaft die weißen Bestien direkt in den Betrieben auf den Nacken zu setzen.

Diese Entwicklung der Dinge zeigt ganz deutlich, daß das Unternehmertum einen Kampf ums Ganze, um die rücksichtsloseste, brutalste Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft vorbereitet.

Dem kann nur die Kampfentschlossenheit des Proletariats einen Damm entgegensetzen. Wo sich Anzeichen für die Bildung von Spitzel- und Provokateurorganisationen in Betrieben bemerkbar machen, muß die Arbeiterschaft sofort in den Streik eintreten und kategorisch die Säuberung des Betriebes von solchem Gesindel fordern.

Zur vollständigen Beseitigung der gegenrevolutionären Gefahren ist notwendig der Kampf der Arbeiterschaft in geschlossener Massenfront gegen die Anschläge des Unternehmertums, zur Entwaffnung der Gegenrevolutionäre und Schaffung von Selbstschutzorganisationen der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten. Die Lage der Dinge drängt darauf, dieser Erkenntnis die praktische Verwirklichung folgen zu lassen.

Arbeiter, seid auf der Hut!

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Gewiß ist die Tendenz mancher Putschmeldungen eine Art Ermattungs- und Abstumpfungsmethode, aber trotzdem ist die Situation doch so ernst, daß die Arbeiterschaft die Augen und Ohren offen halten muß. Das geht u. a. auch daraus hervor, daß trotz großer Massen Arbeitsloser in fast allen Industriebezirken Orgesch- und Reichswehrleute als Arbeiteraufseher oder als Wächter in die Betriebe eingestellt werden. So wird aus dem Kreise Solingen gemeldet, daß in dortiger Gegend in letzter Zeit Reichswehr- und Orgeschoffiziere als Arbeiter oder Aufseher eingestellt wurden. Diese bleiben weiter in Verbindung mit ihren Formationen und haben die Aufgabe zu spitzeln und zu provozieren. In Bohwinkel wurden zwei Offiziere entlarvt, die sogar in der gewerkschaftlichen Organisation und in der Partei schon Eingang gefunden hatten. In Elberfeld ist eine bayerische Abteilung der Orgesch eingetroffen, die auf die Betriebe der Umgegend verteilt wurde. Die Arbeiterschaft hat im eigenen Interesse die Pflicht, auf jeden Obacht zu geben, der in ihre Kreise eintritt. Besonders sind überall die Einstellungen von Auswärtigen zu bekämpfen und die Einstellung der heimischen Arbeitslosen zu fordern. Auch in die Reihen der Arbeitslosen suchen schon die Orgeschleute sich einzuschleichen. So meldete sich kürzlich in Solingen ein Mann arbeitslos, von dem feststeht, daß er noch vor kurzer Zeit in Düsseldorf Leute auf der Straße verhaftete, also als „Sipo" fungierte. Die Arbeiterschaft sei also gewarnt!

Politische Uebersicht.

Die Dementierspritze.

Auf unsere Enthüllungen über die Orgesch mit der Arbeitsgemeinschaft Roßbach und Lenschow haben sich die aufgeregten Betroffenen in große geistige Unkosten gestürzt. Sie haben darüber gebrütet, wie sie am geschicktesten aus Wahrheit Dichtung machen könnten und uns dann mit Dementis bombardiert.

Da ist zunächst die „Technische Nothilfe". Sie schreibt uns:

„Der Satz Ihres Artikels „Streikbrechergarde": „Die Leute der Arbeitsgemeinschaft Tagbau sind gleichzeitig ein Teil der Technischen Nothilfe", erweckt den Eindruck, als ob die Arbeitsgemeinschaft Tagbau (Direktor: Leutnant a. D. Lenschow. Die Red.) ein Teil der Technischen Nothilfe wäre. Das trifft nicht zu. Es ist wohl möglich, daß Leute der Arbeitsgenossenschaft Tagbau auch Mitglieder der Technischen Nothilfe sind, da ja jeder Staatsbürger, ganz gleich, welcher Partei er angehört, Mitglied werden kann, falls er sich auf den Boden der Technischen Nothilfe stellt."

Eine Ausrede ist einen Taler wert. Aber diese ist so faul, daß selbst der Beschützer aller Organisationen der Gegenrevolution, der Polizeipräsident von Breslau, keine zwei Pfennig dafür zahlen wird. Wird doch im zweiten Teil der „Richtigstellung" indirekt das zugegeben, was wir deutlicher gesagt haben.

Nun kommt die „Tagbau", Technische Arbeitsgenossenschaft usw. usw. (sie hat auf ihrem Briefbogen einen langen Titel, der Harmlosigkeit vorschützen soll). Der Leutnant a. D. Lenschow schickt uns folgende „Berichtigung":

„Die Tagbau e. G. m. b. H. wie auch Herr Leutnant a. D. Lenschow stehen in keinerlei Verbindung zu der Orgesch. Die Tagbau ist ein unpolitisches, reines Privatunternehmen, das auf genossenschaftlicher Grundlage Hoch- und Tiefbauten, maschinelle Gesteinsbohrungen, Maschinen- und Eisenbau, Elektromontage und Transporte ausführt. Die Firma ist unter Nr. 266 am 26. Oktober 1920 in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Breslau eingetragen. Die an das abgedruckte Dokument geknüpften Kombinationen sind falsch. Unwahr ist, daß die Tagbau ein Teil der Technischen Nothilfe ist, und daß der Direktor Leutnant a. D. Lenschow vom Reichswehrministerium eine halbe Million Mark erhielt. Die Behauptung, daß der Tagbau vom Reichswehrministerium die Verpflichtung auferlegt ist, stets eine gewisse Anzahl Arbeiter zu Operationen bereit zu halten, ist eine Lüge."

Es scheint, kein Engel sei so rein und — sozial, wie der Leutnant a. D. Lenschow. In einem Anschreiben bezeichnet er das Unternehmen als ein „sozialisiertes, friedliches". Aber erstens hat er nicht dementiert seine Verbindung mit dem Proviantamt Breslau, die Tatsache, daß er von der Reichsregierung einen ganzen Park Pionniermaterial überwiesen bekam und die anderen Dinge, die den militärischen Charakter der anscheinend so harmlosen Gesellschaft „Tagbau" beweisen. Das charakterisiert schon den Wert dieser „Berichtigung". Zweitens ist das in der „Berichtigung" angeblich berichtigte sehr fadenscheinig. Wahrscheinlich hat der Leutnant a. D. Lenschow die halbe Million erst durch einen Mittelsmann oder durch die „eingetragene Genossenschaft, die die Kasse für seine gegenrevolutionären Rüstungen ist, erhalten.

Dann kam noch der „Schlesische Landbund". Er berichtigt folgendes:

„Der Schlesische Landbund hat mit der Arbeitsgemeinschaft Roßbach nicht das geringste zu tun. Jede Verquickung des Schlesischen Landbundes mit der Arbeitsgemeinschaft Roßbach, insbesondere die Behauptung, der Schlesische Landbund habe beschlossen, die Sache unter dem Deckmantel „produktiver Erwerbslosenfürsorge" zu unterstützen, ist eine Lüge."

Wer lacht da nicht? Sind die Rittergutsbesitzer, auf deren Gütern die Roßbach-Banditen einquartiert sind, nicht Mitglieder des „Schlesischen Landbundes?" Hat der Herr Höfer vom „Schlesischen Landbund" seine früheren Berichtigungen vergessen, die das jetzt abgestrittene indirekt zugeben?

Die Arbeiterschaft kann aus diesen Berichtigungen nur lernen, wie es die Gegenrevolutionäre versuchen, ihre Rüstungen unter dem Mantel der Harmlosigkeit zu verstecken. Der Glaube an diese vorgetäuschte Harmlosigkeit würde das Proletariat vor gefährliche Ueberraschungen stellen, die ihm dann Zuchthaus, Elend und Tod bringen würde. Der einzige Schutz davor ist die Schaffung proletarischer Selbstschutzorganisationen!

Pilsudski, der polnische Noske, beim Mordhandwerk.

Militarisierung des Eisenbahnbetriebes. — Standrechtliches Erschießen, eine „Begnadigung".

Warschau, 28. Februar. Eine Streikdelegation wurde vom Eisenbahnminister abgewiesen und als sie sich zum Ministerium des Innern begab, dort verhaftet. Der allgemeine Verband der Eisenbahner, der anfangs den wilden Streik verurteilte, hat seit Sonnabend infolge der Militarisierung der Eisenbahnen und der Androhung der Todesstrafe seine Haltung geändert; er ruft jetzt zum sofortigen allgemeinen Streik auf allen Bahnen auf. Die Warschauer Bahndirektion erklärte einem Vertreter des „Narod", daß, falls die bisherigen Maßnahmen ohne Erfolg bleiben sollten, ein Teil der Angestellten mobilisiert und unter militärischem Zwang an die Arbeitsstätten gewiesen würde. Die Streikenden vermeiden es, zu Hause zu übernachten, um einer zwangsweisen „Einlieferung" an die Arbeitsstätten zu entgehen.

Soeben wird bekannt, daß der Vorstand des Eisenbahnerverbandes verhaftet und das Verbandslokal geschlossen wurde. Nach einer Meldung des „Kurjer Poloki" ergingen auch Haftbefehle gegen die Generalkommission der Gewerkschaften, die den Generalstreik ausgerufen hat. Die militärpflichtigen Eisenbahner wurden als mobilisiert erklärt und militärisch vereidigt.

Warschau, 1. März. Der Krakauer „Kurjer Kodzienny" vom 27. Februar berichtet:

Gestern abend wurden an den Straßenecken Bekanntmachungen des Krakauer Generalkommandos angeklebt, in denen die Militärbehörde mitteilt, daß sie im Sinne des Dekrets des Reichsverwesers die disziplinarische Gewalt über das Eisenbahnpersonal übernimmt. Gleichzeitig wird im Aufruf daran erinnert, daß die Widerspenstigen vor ein Kriegsgericht gestellt werden und daß ihnen die Todesstrafe durch Erhängen oder nach Begnadigung durch Erschießen droht.

Die polnischen Eisenbahner scheinen aber nicht darauf erpicht zu sein, auf dem Gnadenwege erschossen zu werden. Sie haben den Mut gehabt, über die Köpfe ihrer zögernden, kampfscheuen sozialpatriotischen Gewerkschaftsführer den Kampf zu eröffnen. Von ihrem Kampfgeist zeugt folgender Aufruf des Streikkomitees:

„Im Namen der Masse der Eisenbahner, die zum Kampf mit der verhaßten Regierung der Kapitalisten und Schieber zur Verteidigung ihrer Rechte schreiten, zur Erkämpfung von Brot, zur Befreiung der politischen Gefangenen, wenden wir uns an euch Genossen um brüderliche Hilfe und Unterstützung.

Unsere Verhandlungen mit der Regierung haben zu nichts geführt. Das Exekutivkomitee unseres Verbandes, das in seiner Mehrheit aus Verrätern der Arbeiterklasse und opportunistischen Feiglingen besteht, verstand es nur zu betteln und Denkschriften zu schreiben. Es handelt sich in diesem Kampf nicht nur um uns Eisenbahner, nicht unser Los allein wird entschieden.

Die Politik der Regierung gegen die Eisenbahner ist nur ein Teilchen des Programms der Bourgeoisie. Denn vor unseren Augen geht die Bourgeoisie auf der ganzen Linie zum Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse über. Die Großgrundbesitzer haben den Tarifvertrag mit den Landarbeitern gebrochen, sie wollen ihre Gewerkschaft zertrümmern, und sie selbst zwingen, in das alte Joch der Leibeigenschaft zurückzukehren. Die Regierung verkleinert die Brotration, um an dem Zuschlag zum Brot zu sparen und den Arbeiter an das Hungern zu gewöhnen. Sie hat die Preisbeschränkung für Kohle und elektrischen Strom abgeschafft, sie verpachtet die Salzgruben an die Kapitalisten, um dem Privatkapital hohe Dividenden zu sichern.

Aber vor allem will die Bourgeoisie mit den Lohnerhöhungen und den Streiks ein Ende machen, weil sie bei den ausländischen Kapitalisten um Anleihen bettelt.

Die Bourgeoisie will Polen an die Kapitalisten des Westens verpachten, sie selbst übernimmt die Rolle des Aufsehers und Gendarmen, der den Arbeiter im Zaume hält und aufpaßt, daß er arbeitet und nicht aufmuckt.

Das Proletariat in seiner Gesamtheit muß diesen Plan der Bourgeoisie zerschlagen und zunichte machen. Auf die Offensive der kapitalistischen Scharfmacher müssen wir mit der Gegenoffensive der ganzen Armee der Arbeiter antworten. In diesem Kampf sind wir Eisenbahner in das erste Feuer gerückt!

. . . Wir rufen euch auf zur solidarischen Tat! Einer für alle — Alle für einen!

Hunderte von unsern Brüdern stöhnen in Gefängnissen und Interniertenlagern, hunderte verbergen sich vor der Rache der Bourgeoisie, überall wütet der weiße Terror!

Wir fordern Befreiung der politischen Gefangenen!
Wir fordern Freiheit für die Arbeiterbewegung!
Nieder mit der Hungeroffensive des Kapitals!
Es lebe die Solidarität des Proletariats!

* * *

Der Sozialdemokrat Marschall Pilsudski, Staatsverweser der polnischen Nation, und seine Regierung schrecken selbst nicht vor der Verhaftung von Sozialdemokraten zurück, die unter dem Druck der Massen wenigstens zum Bekenntnis für den Streik gezwungen wurden. Noske hat in ähnlichen Situationen ebenso gehandelt. Die polnischen Arbeiter werden in diesem Kampfe, ganz gleich wie er ausläuft, neue Erfahrungen für künftige Kämpfe, die nach Lage der Dinge unvermeidlich sind, machen. Sie werden noch besser erkennen, wer für sie und wer gegen sie ist.

Das deutsche Proletariat kann nicht weniger daraus lernen. Die Lage und der scharfe, schwere Kampf des polnischen Proletariats ist ein Beispiel für das, was uns in nächster Zukunft bevorsteht. Steuern doch Wirtschaft und Politik im kapitalistischen Schieber- und Orgeschdeutschland in derselben Richtung wie im Weißen Polen. Schnelle Mobilisierung der Arbeitermassen zu einer geschlossenen Kampffront gegen Unternehmertum und Orgesch muß deshalb nicht nur die Losung, sondern auch die praktische Aufgabe der Stunde sein.

Der Sieg der Orgesch.

Die immer wieder verschobene Entwaffnungsdebatte im Reichstag hat mit einem Sieg der Orgesch geendet. Die Regierung will sich den Triumpf der bayrischen Einwohnerwehren nicht vor der Londoner Konferenz aus der Hand schlagen lassen. Die Deutschnationalen mit den Regierungsparteien und dem Minister des Innern im trauten Verein erklärten heuchlerisch ihr Mißfallen daran, daß diese Dinge überhaupt besprochen werden, solange die Londoner Mogelei noch nicht abgeschlossen ist. Sie lehnten den Antrag der Unabhängigen ab, stellten sich vor die Orgesch und die bayrische Regierung Kahr und deckten so die Phalanx, hinter der sie morgen sich verkriechen werden.

War so das Stichwort für die Bourgeoisie London, so steuerten die Unabhängigen auf dasselbe Ziel. Nur näherten sie sich ihm von der anderen Seite. Ihr Sprecher erklärte, sie möchten die Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren durchgeführt wissen, damit die Entente-Diplomatie nicht mehr auf diesen spitzen Stein stoße bei den Londoner Beratungen. Die Bourgeoisie denkt, für den Kotau sei morgen noch genügend Zeit.

Der bayrische Bauernführer Dr. Heim spielte den Biedermann und beklagte, wie sehr die bayrischen Einwohnerwehren verkannt würden. Sie seien sozialdemokratisches Gewächs, und Escherich und Kugler seien die ehrlichsten Leute auf der Welt. Escherich hat niemand gesprochen, weder Ehrhardt noch Ludendorff. Er kennt auch niemand, Dr. Heim legt die Hand für ihn ins Feuer.

Er hat soweit recht: der bayrische Löwe ist kein Vieh, das immer frißt, wenn sein Maul offensteht. Und die Sozialdemokraten wollen durch die ganze Debatte, soweit sie sich daran beteiligen, nur vergessen lassen, wie hilflos und untätig ihre Hörsings und Severings der Orgesch in Preußen gegenüberstehen.

Ein Gesetzentwurf über die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes, das am 1. März abgelaufen ist, wurde mitverhandelt.

Genosse Levi erklärte für die Kommunisten, daß diese die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes ablehnen. Die Ausführung des Gesetzes war ein Feldzug gegen die Arbeiterschaft.

Deutschnationale, Regierungsparteien und Sozialdemokraten verlängern das Gesetz.

Die Orgesch hat gesiegt auf dem Boden des Parlaments. Ob sie sich damit begnügen wird?

Das Proletariat muß wachsam sein.

Simons, der Lakai der Orgesch.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" gibt von folgendem offiziellen Notenwechsel, anläßlich der Abreise der deutschen Delegation nach London, Kenntnis:

„An Herrn Reichsminister Dr. Simons, Berlin. Die Einladung an Staatsrat von Meinel, als Vertreter Bayerns auf der Londoner Konferenz teilzunehmen, begrüße ich mit wärmsten Dank. Die bayerische Regierung hat zu Ew. Hochwohlgeboren das Vertrauen, daß Sie bei den schweren verantwortlichen Verhandlungen, vor denen Sie stehen, die Interessen des Reiches und des deutschen Volkes im Rahmen des Möglichen mit allem Nachdruck vertreten werden. Unsere Sorgen und Wünsche begleiten Sie dorthin. von Kahr, Ministerpräsident."

Auf dieses Telegramm lief folgende Antwort ein:

„Exzellenz Ministerpräsident von Kahr, München. Ew. Exzellenz haben mir mit Ihrem Telegramm eine große Freude gemacht. Es ist mir wertvoll, auf die Begleitung des Herrn Staatsrats von Meinel rechnen zu können. Für die guten Wünsche auf den Weg nach London sage ich herzlichen Dank. Ich werde das ehrenvolle Vertrauen, das Ew. Exzellenz mir im Namen der bayerischen Regierung aussprechen, nach besten Kräften zu rechtfertigen suchen. Reichsminister Dr. Simons."

Also kein Wort davon, daß die bayerische Regierung die Verpflichtungen, die die Reichsregierung in London eingehen wird, für sich als bindend anerkennt, sondern umgekehrt: Simons versichert, daß er das „ehrenvolle Vertrauen" des Kahr zu rechtfertigen suchen wird. Er erklärt also selbst, daß er als Beauftragter der Kahrregierung, der Orgesch, nach London geht, daß seine Schritte von der Konterrevolution diktiert werden. Er wird in der Entwaffnungsfrage zu Kahr umfallen, wie er in der Wiedergutmachungsfrage zur Entente-Konterrevolution umgefallen ist.

Der Abschied der Kriegsgefangenen.

Am 25. Februar haben die letzten russischen Kriegsgefangenen des Lagers Chemnitz-Ebersdorf die Reise nach ihrer Heimat angetreten. Sie haben uns um Veröffentlichung des nachstehenden Abschiedsgrußes an die deutschen Arbeiter gebeten:

„Genossen!

Mit großer Freude treten die kriegsgefangenen Genossen die Reise nach ihrer teueren, vielgeprüften Heimat an, nach Sowjetrußland, um ihre gesamte Kraft und ihr ganzes Können der großen Sache der Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitals zu widmen.

Bei der Abreise nach der Heimat senden wir allen deutschen Arbeitern, allen Genossen unseren brüderlichsten Gruß und wünschen Euch baldigste Befreiung von Eurem Joch. Alles, was wir hier durchgemacht haben, wird für immer in unserem Gedächtnis haften bleiben. Wir wissen ganz genau, daß all das Schwere, das wir hier zu erdulden hatten, nicht nach dem Wunsch unserer proletarischen Brüder geschah, sondern unter dem Druck der rohen Macht der blutdürstigen Vampyre des Kapitals, und es wird uns eine Lehre für die Zukunft sein, die wir in der harten Lebensschule der kapitalistischen Ordnung durchmachten, jener Ordnung, für deren Sturz wir unser Leben einsetzen werden. Es lebe die 3. Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

(Folgen Unterschriften.)"

Der Hiller-Helmhake-Prozeß in fünfter Auflage.

Zum fünften Male wird versucht werden, die Justiz zu veranlassen, eines der vielen Justizverbrechen der letzten Zeit gut zu machen. Der Leutnant Hiller, der wiederholt von der Anklage der Mißhandlung des Soldaten Helmhake bis zu dessen Tode freigesprochen wurde, soll am 14. März vor dem Berliner Schwurgericht sich neuerdings verantworten. Es sollen über 100 Zeugen geladen worden sein. Nach dem „Vorwärts" hat sich ein neuer Zeuge gemeldet, der bekunden will, daß Hiller nicht nur den an den Baum gebundenen Helmhake ins Gesicht geschlagen, sondern um dieselbe Zeit herum auch ihn, den Zeugen, mißhandelt habe. Ferner behauptet der Zeuge, daß die größte Schuld an dem Tod des Helmhake der damalige Revierarzt trage, weil dieser den Helmhake hinausgeworfen habe, als er sich krank meldete. Das würde eine schwere Belastung des als Zeuge fungierenden Reservearztes sein, wegen dessen Nichterscheinen der Prozeß vor den Wahlen so plötzlich abgebrochen wurde.

Schließlich behauptet der neue Zeuge, daß er sich bereits zweimal an das Militärgericht in Berlin gewendet habe, um als Zeuge gegen Hiller vernommen zu werden, aber ohne jede Antwort geblieben sei.

Hoffentlich findet sich jemand, der nachforscht, wer ein Interesse daran hatte, diesen Zeugen nicht zu laden.

Der große Spitzel in Cassel.

Cassel, den 28. Februar 1921.

Der Kampf um den Wasserturm in Essen ist als Spitzelmache enthüllt. Es hätte etwas in dem schönen Bilde der neudeutschen Justiz gefehlt, wenn nicht auch im Prozeß gegen die erfundene „Rote Armee" Spitzelarbeit sichtbar geworden wäre. Unter sonderbaren Umständen brachte der Staatsanwalt einen Zeugen herbei, der alles aussagte, was die

Staatsanwaltschaft zu hören wünschte.

Es war mehrfach die Rede von einem Parteimitglied Aufderstraße, auf den der Verdacht der Spitzelei gefallen war. Er wurde als Zeuge geladen. Angeblich erreichte ihn die Ladung nicht. Von Genossen wurde er gewarnt, er solle vorläufig verschwinden. Er nahm auch 500 Mark an, verschwand aber nicht. Wie er selbst als Zeuge angab, wollte er auftreten und aussagen. Am Freitag war er zur Stelle. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß er die Aussage verweigern könne, wenn er sich eventuell selbst belasten müsse, er könne dann wieder nach Hause gehen, machte Aufderstraße von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Dann aber ließ ihn der Staatsanwalt verhaften. Heute kam er mit der Enthüllung. Aufderstraße habe schwerwiegende Aussagen gemacht, er beantrage, ihn als Zeugen zu vernehmen. Und er war schon zur Stelle, obwohl weder das Gericht, noch der Staatsanwalt seine Vorführung angeordnet haben wollten. Die Verteidigung erhob Widerspruch, Aufderstraße gehöre in diesem Verfahren auf die Anklagebank, als Zeuge habe er bereits die Aussage verweigert, er könne nun nicht mehr als Zeuge zugelassen werden. Das Gericht beschloß nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft.

Als Zeuge bekundete Aufderstraße nun, daß alle Angeklagten einer militärischen Organisation angehört hätten, als Führer. Es sei eine Komödie, wenn der Versuch gemacht würde, die Organisation als eine solche der Abwehr hinzustellen. Jeder Kommunist wisse, daß die VKPD. die Macht mit Gewalt erobern wolle. Es sollte die Führerschaft organisiert werden, auch die Stoßtrupps seien bereits fertig. Die ZOL. in Berlin sei die oberste Instanz der MP. Ihr gehörten Scholz, Steinfest und Däumig an. Die MP. sei eine Abteilung der Partei, sowie die Abteilungen über Kätefragen und die Gewerkschaften. Zaiser habe in einer Konferenz gesagt, die Fehler im Kapp-Putsch dürften sich nicht wiederholen. Es dürfe nur eine militärische Leitung vorhanden sein, die mit der politischen zusammenarbeiten müsse. Man habe auch davon gesprochen, daß Waffen vorhanden seien.

Ueber seine Motive befragt, warum er solche Aussagen mache, obwohl er dazu nicht verpflichtet sei, erklärte Aufderstraße: Er sei zornig geworden, weil man ihn als Spitzel verdächtigt habe und er wolle überall die Parole in der Partei bekannt geben, als Kommunist wolle er nichts verschleiern. Harbich sagt aus, Aufderstraße sei Samstag an seiner Zelle gewesen, habe ihm 200 Mark versprochen, wenn er ihn, Aufderstraße, rette. Aufderstraße bestreitet das. Ueber 2000 Mark, die Aufderstraße im Besitz hatte, will er zunächst keine Auskunft geben. Später sagte Aufderstraße: 500 Mk. habe er von dem Kassierer in Dortmund bekommen, als Unterstützung in dieser Sache, 1500 Mark stammten aus einem Verkauf von Möbeln im Dezember 1920. Die Verteidigung beantragt Frau Aufderstraße zu laden, um beweisen zu lassen, daß Aufderstraße nicht die Wahrheit gesagt. Auch über seine Erwerbstätigkeit machte Aufderstraße unzutreffende Angaben. Er will auch nichts davon wissen, daß es sich bei den Märzkämpfen um eine Abwehraktion gehandelt habe. Bisher ist Aufderstraße noch nicht vereidigt worden. Dr. Wolf stellt noch eine Reihe von Beweisanträgen. Das Gericht lehnt alle Anträge ab, bis auf den, Frau Klingmüller zu laden. Begründend wurde dazu bemerkt: Das Gericht unterstellt als erwiesen, daß der vielbesprochene

Befehl zum Handeln

aus der Kapp-Putschzeit stammt; es unterstellt zugunsten der Angeklagten als wahr, daß Spitzelzentralen tätig sind, das weiter die bei den Angeklagten beschlagnahmten Richtlinien, Abschriften von veröffentlichten Orgeschrichtlinien darstellen, und daß die Angeklagten das Bestehen von Orgesch-Organisationen tatsächlich annehmen. Daher erübrige sich eine Beweiserhebung. Zu Beginn der Verhandlungen gab der Vorsitzende bekannt, daß Ermittelungen nach dem Verbleib des Materials aus den bei Klingmüller beschlagnahmten Papieren ergebnislos geblieben seien.

Der Prozeß gegen die Kapp-Bestien.

Zweiter Verhandlungstag.

Durch die weiteren Aussagen des Zeugen Heitner geht hervor, daß der Angeklagte Breffka den Zeugen Heimlich mit den Füßen in die Hacken und Kniekehlen getreten hat, um ihm das Geständnis, daß H. geschossen habe, zu erpressen. Als das nichts nützte, schlug er mit einem Koppel so lange auf ihn ein, bis er

vor Schmerzen stöhnend ausrief: „Ich habe geschossen."

Dieselbe Tortur erlaubte sich auch Biskup, bis er das Geständnis wiederholte.

Der Zeuge Heimlich, ein kleiner schmächtiger Mensch, wurde verhaftet und nach dem Schloß gebracht. Dort wurde er von Zeitfreiwilligen (Studenten) angespien, geschlagen und nach dem Generalkommando geschafft. Dort sagte Oberleutnant Schmitz zu ihm:

„Dir Hund geht es genau so wie Schottlaender."

Der Zeuge sollte an der Erschießung eines Leutnants auf dem Gandauer Platz beteiligt gewesen sein. Er bat die Aulockbanditen sich bei seinem Chef, dem Kürschnermeister Guttmann, bestätigen zu lassen, daß er in der fraglichen Zeit im Geschäft gewesen sei. Ein Offizier sowie der Angeklagte Walter wollten nichts davon wissen, mit

„dreckigen Juden verhandeln sie nicht".

Mit der Revolvermündung an der Stirn wurde er durch den Hof geführt und in den Keller geworfen.

Der Angeklagte Walter sagte: „Schlag das Aas genau so tot, wie Schottlaender."

Er wurde dann ganz unmenschlich geschlagen, so daß er ohnmächtig zusammenbrach. Nachdem er wieder zu sich kam, mußte er sich mit dem Gesicht an die Wand stellen und dort mit hocherhobenen Händen stundenlang stehen. Er hat nach ärztlichen Aussagen am ganzen Körper, besonders an den Händen und Armen, auf die mit Gummiknüppeln, und am Kopfe, auf den er mit Gewehrkolben geschlagen wurde, starke Anschwellungen und Verletzungen, an denen er heute noch zu leiden hat.

Die drei Angeklagten leugnen alles ab, machen aber keinen glaubwürdigen Eindruck.

Zeuge Otto, der wegen angeblicher Beleidigung einer Offizierspatrouille verhaftet und ins Generalkommando gebracht wurde, mußte sich geradezu viehische Mißhandlungen von den uniformierten Räuberbanden gefallen lassen. Man stieß ihn die Treppe kopfüber hinunter und als er nicht schnell genug aufstand, wurde er angeschrieen:

„Steh auf, Du Schwein, Du Bolschewist, morgen wirst Du erschossen."

Diese Beschimpfungen waren von Schlägen mit allerlei Gegenständen begleitet. Als Otto auf seine im Krieg erhaltene Schußverletzung am Kopf hinwies, wurde er mehrere male mit dem Gummiknüppel auf die Wunde geschlagen. Im Mannschaftsraum warf man ihn auf den Boden, 12 Mann stürzten auf den wehrlos Gefangenen und

schlugen ihn bis zur Besinnungslosigkeit.

In der Folterkammer schlug man von neuem auf ihn ein, er mußte dann wie die anderen Gefangenen mit erhobenen Händen an der Wand stehen. Als dem Zeugen infolge der bestialischen Mißhandlungen, die er erdulden mußte und die er an die Mitgefangenen gewahr wurde, übel wurde, sagte der Posten zu ihm:

„Wenn Du brichst, mußt Du es wieder auffressen."

Der nächste Zeuge Dr. Hansen, der jetzt in Chemnitz in Sachsen praktiziert, war Bataillonsarzt im Aulockkorps. Er gibt zu, daß an den Wänden in der Folterkammer ziemlich große Nägel angebracht waren. Von den Mißhandlungen hat er, obwohl er sich unmittelbar am Tatort aufhielt, absolut nichts gesehen und gehört. Blutspritzer oder Blutlachen hat er nicht bemerkt.

Zeuge Dr. Berner, der Bataillonsarzt beim Freikorps Paulssen war, hat die Zeugen Heimlich und Heitner kurz nach den Mißhandlungen untersucht. Er gibt zu, daß streifenförmige zwei Zentimeter breite und acht Zentimeter lange blutunterlaufene Striemen, von Schlägen herrührend, am ganzen Körper zu sehen waren. Heimlich hatte stark angeschwollene Hände sowie eine offene Wunde am Kopf, die anscheinend durch Schläge von einem Koppelschloß herrührte,

er hält das aber für belanglos, beim Militär kommt das öfter vor.

An Kolbenschläge glaubt er nicht, wenn das jedoch zutreffen sollte, dann wären die Kolbenschläge nicht

vorschriftsmäßig

gewesen. (Nach Ansicht dieser Herren hätten die Zeugen mit zerschmetterten Schädel kommen müssen.)

Der Zeuge Keller wurde aus dem Bett verhaftet und nach dem Generalkommando gebracht. Dort wurde er von etlichen Leuten mit dem Stahlhelm ins Kreuz geschlagen, auf der Treppe, in der Wachstube und im Gefangenenraum wurde er mit Fäusten, Gummiknüppel, Peitschen, Gewehrkolben gestoßen und geschlagen.

Alle drei Angeklagten haben sich an den Mißhandlungen beteiligt,

besonders Walter und Biskup. Walter hat ihn mit einer Artilleriepeitsche mit solcher Gewalt ins Gesicht geschlagen, daß das Gesicht blutete. Mit einem harten Gegenstand schlug ihn Biskup hinter das Ohr, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Danach mußte er einige Stunden wie die anderen Gefangenen mit dem Gesicht an der Wand der Folterkammer stehen. Keller konnte die Vorgänge besonders gut beobachten, da er unmittelbar an der Tür stand und jeden aus- und eingehen sehen konnte.

Biskup war der Haupttäter

im Schlagen, während Walter durch Schimpfworte und Kommandos die anwesenden Aulockbanditen anfeuerte, die Zeugen und die Mitgefangenen zu mißhandeln.

Der Zeuge Schröder wurde verhaftet (wahrscheinlich weil er sozialistischer Gemeindevertreter war), ebenfalls nach der Folterkammer des Generalkommandos geschafft. Auf der Treppe belegte man ihn mit Schimpfworten wie Schweinehund usw., verprügelte ihn ganz gehörig und stieß ihn in den Gefangenenraum. Dort fielen mehrere über den älteren Mann her und schlugen

unbarmherzig mit gefährlichen Werkzeugen

(Lederpeitsche, Gummiknüppel usw.) auf ihn ein. Der Angeklagte Walter hat ihn mit den gemeinsten, nicht wiederzugebenden Redensarten beschimpft, er, Schröder erkennt die Angeklagten ganz genau wieder.

Der Zeuge Dehmke, dem man ebenfalls auf handgreiflichste Art und Weise Patriotismus beibrachte, sagte nichts wesentlich neues aus.

Der Zeuge Schaar erhielt von einem Zeugen Schläge, daß ihm das Gesicht blutete.

Der Angeklagte Walter sei der Anführer gewesen.

An der Folterkammer meinte Walter:

„Hier bringe ich wieder einen, ihr wißt ja, was ihr zu tun habt".

Daraufhin setzten die Mißhandlungen von neuem ein. Mit dem dicken Ende einer Reitpeitsche wurde er so lange geschlagen, bis er aus Mund, Nase und einer Stirnwunde blutete.

Der Zeuge Janus, ein alter Mann, wurde verhaftet, weil er ein Flugblatt gelesen hatte. In der Minoritenschule wurde er mit gemeinen Redensarten und Prügel bedacht. Nach dem Generalkommando gebracht, schaffte ihn der Angeklagte Walter nach der Folterkammer, packte ihn am Genick und stieß ihn

kopfüber in den Raum mit den Worten: „Hier ist wieder so ein roter Hund."

Auch der Zeuge Kirchner ist im Generalkommando mit Faustschlägen empfangen und dann mit Gummiknüppeln bearbeitet worden. Er hat gesehen und gehört, daß auch andere Gefangene ganz barbarisch mißhandelt wurden, so daß er glaubte, die Gemißhandelten wurden zu Tode geprügelt.

Die drei Angeklagten bestreiten alles

und sind nach ihren Angaben, obwohl sie von den Zeugen mit

aller Bestimmtheit wieder erkannt

werden, entweder nicht bei den Mißhandlungen dabei oder überhaupt garnicht anwesend gewesen.

Der Zeuge Heiduck, ehemaliger

Spielmann beim Aulockkorps,

ist von der Verteidigung als Entlastungszeuge geladen. Er weiß natürlich nichts von Mißhandlungen, hat nichts gesehen und nichts gehört. Er verwickelt sich zum Schluß in starke Widersprüche, so daß ein langer Disput zwischen allen Beteiligten entsteht. Unter diesem Zeichen wurde die Verhandlung vertagt.

Ausland.

Die Streikwelle in Budapest.

Budapest, 28. Februar. Die Zeitungssetzer sind wegen Lohnforderungen heute früh in den Ausstand getreten.

Horthy hatte, wie wir meldeten, gegen diesen Streik große Vorbereitungen getroffen. Da er doch ausgebrochen ist, sind Verwicklungen zu erwarten.

(TU.)- Budapest, 1. März. Der Streik der Budapester Zeitungssetzer, die eine 100 prozentige Lohnerhöhung verlangen, dauert an. Die Zeitungsverleger sind zur Herausgabe eines gemeinsamen Blattes geschritten, das von je zwei Mitarbeitern eines jeden Betriebes redigiert und von Ingenieuren und Hörern der technischen Hochschule aus eigenem Antriebe gesetzt wird. Die technische Nothilfe wird von der Regierung gegen die Streikenden geschützt.

Blutige Plänkeleien in Italien.

Rom, 25. Februar. Die Blätter berichten aus Bari über einen Zusammenstoß zwischen Fascisten und Sozialisten, die den Streik erklärt hatten. Einige Personen wurden verletzt. In Minervino und Murgia zündeten die Bauern mehrere Gutshöfe an. Sechs Personen wurden getötet. Auch in anderen kleinen Ortschaften Apuliens kam es zu Zusammen-

stößen. In Terlizzi wurde die Arbeitskammer in Brand gesteckt. In Bisceglie führten die Sozialisten einen Angriff auf das Haus des Landbundes aus. In Mirabella, in der Provinz Ferrara, wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Fascisten und Sozialisten zwei Personen getötet und einige verletzt. Drei verdächtige Ausländer wurden festgenommen. In Modena veranstalteten Fascisten eine Kundgebung gegen die sozialistischen Abgeordneten Agnini und Donati, die von der Polizei geschützt werden mußten.

Fascisten „veranstalteten eine Kundgebung gegen den kommunistischen Abgeordneten Missiano".

Der Kongreß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hat seine Arbeiten begonnen. Der Holländer Fimmen sprach im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Zwischen Sozialisten und Kommunisten kam es zu Zusammenstößen.

Aus Bari wird dem „Corriere d'Italia" gemeldet, daß die Lage in Minervino und Murgia immer noch ernst ist. Die Brände dauern an. Man zählt bis jetzt 13 Tote. In Torre Annunziata wurde der Generalstreik erklärt.

Rom, 27. Februar. Wie die Blätter aus Bari melden, ist die Ruhe infolge des tatkräftigen Einschreitens der Polizei fast überall wiederhergestellt worden.

Aus der Provinz.

Agitationsbezirkskonferenz.

Für die Ortsgruppen der Unterbezirke Waldenburg, Freiburg, Reichenbach, Neurode und Neiße findet am Sonntag, den 6. März, vormittags 9 Uhr, in Freiburg (Gasthof „Buchwald") eine Konferenz statt, auf der sämtliche Ortsgruppen dieser Gebiete vertreten sein müssen. Die Tagesordnung lautet:

1. Das Organisationsstatut und seine Durchführung. (Referent: Genosse Klein.)
2. Verschiedenes.

Delegierte, die Nachtquartier bei Genossen wünschen, mögen dies sofort an Genossen A. Müller, Polsnitz bei Freiburg 32a 2 Tr. melden.

Sonntag, den 6. März, vormittags 9 Uhr, findet die Konferenz des Unterbezirks Görlitz im Restaurant „Bismarckgarten", Görlitz, Bismarckstraße, statt. Alle Ortsgruppen des Unterbezirks (inkl. des Laubaner Gebietes) müssen unbedingt Delegierte senden.

Tagesordnung:

1. Das Organisationsstatut. (Referent: Genosse Becker, Bremen.)
2. Organisierung des Unterbezirks und Wahlen.
3. Verschiedenes.

Sonntag, den 6. März, vormittags 10 Uhr, findet in Bunzlau die Konferenz des Unterbezirks statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Das Organisationsstatut. (Referent: Genosse Kumerow.)
2. Organisierung des Unterbezirks und Wahlen.
3. Verschiedenes.

Näheres erfahren die Ortsgruppen bei Genossen Alwin Kopp, Bunzlau, Riedermühlstraße 16.

Bezirksverbandsleitung.

Goldberg i. Schl. Am 28. Februar tagte hier eine Mitgliederversammlung der Partei, in der die Fragen, die uns schon seit langer Zeit an umfassendem Arbeiten gehindert haben, besprochen und erledigt wurden. Nachdem Genosse Hamann die Verhältnisse geprüft, das Kassenbuch revidiert und zu grundsätzlichen Ausstellungen keine Veranlassung gefunden hatte, übte er scharfe Kritik an der Auffassung einiger Genossen und legte der Versammlung ans Herz, sich von den alten sozialdemokratischen Wahlvereins-Kampfmethoden frei zu machen. Die Kommunistische Partei sei keine Partei der Beitragsmarkenkleber, sondern die Partei des revolutionären Proletariats, der Stoßtrupp der Revolution. Jedes einzelne Mitglied ist ein Kämpfer, an seinem Platz unbedingt notwendig. Nur von dieser Einstellung aus können wir in unserm Kampfe die Erfolge erzielen, die der Lohn rastloser Arbeit sind. Es wird jedem Genossen ein Ansporn sein, wenn die Ortsgruppe Fortschritte macht, rechte Freude kann man aber nur haben, wenn man selbst nach seinen Kräften mit daran geholfen.

Der Gesamtvorstand stellte seine Ämter der Partei zur Verfügung und es fand Neuwahl statt.

Genosse Hamann sprach dann noch kurz über die gegenwärtige politische Lage, die Abstimmung in Oberschlesien und die Stellung der Kommunisten dazu.

Mit dem Versprechen, alle Kraft für die Partei und die ganze Person für das Ziel, den Kommunismus einzusetzen, ging die Versammlung auseinander.

Lokales.

Breslau, den 3. März 1921.

Alle kommunistische Literatur besorgt die Kommunistische Bücherei Breslau 5, Gräbschener Straße 45.

Arbeiter Breslaus! Denkt, urteilt und richtet.

Am Montag hieltet ihr im Gewerkschaftshaus eine Betriebsräte-Vollversammlung ab.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" schickte einen Pressevertreter, um ihre Leser, die revolutionäre Arbeiter sind, über die Verhandlungen informieren zu können.

Der Gewerkschaftsführer Vogel verhinderte seinen Eintritt. Er tat dieses im Einverständnis mit den Führern des Gewerkschaftskartells.

Die Folge ist für uns, daß wir keinen einwandfreien Bericht über die Versammlung geben können.

Wie denkt ihr darüber?

Findet das Vorgehen eurer gewerkschaftlichen Instanzen, die im Namen der Demokratie euch gegen die Kommunisten aufhetzen, eure Billigung?

Wenn nicht, dann erlebt ihr praktisch, wie die Herren die Demokratie auffassen. Als Schlagwort, hinter dem sich die Diktatur gegen die Kommunisten verbirgt.

Seid ihr mit der Haltung der Versammlungsarrangeure einverstanden, dann ist allerdings die Demokratie soweit gerettet, daß sie zur Diktatur gegen die Kommunisten, nicht die Diktatur der gewerkschaftlichen Führer über Euch selbst fügt.

Ihr wollt dann selbst die Trennung, Isolierung, Mundtotmachung der Kommunisten.

Dann haben euch die Kommunisten folgende Wahrheiten zu sagen.

Eure Betriebsräte bleiben in der blauen Luft hängen und werden an den Haaren wirkungsloser Diskussion wie Absalom baumeln. Verfolgt den Verfall der Kapitalistischen Wirtschaft mit offenen Augen und zieht Eure Lehren.

Die tiefsten Ursachen eures wirtschaftlichen Elends können nicht in den alten Formen des gewerkschaftlichen Klassenkampfes überwunden werden.

Das zeigen eure Verbände, die heute leider nichts bedeuten, aber alles sein könnten.

Diese Wahrheiten habt ihr halb erkannt, als ihr den Ausbau der Betriebsräte durchsetztet.

Damals haben die Busenfreunde der Gewerkschaftsführer, die Müller, Schlicke und Konsorten, mit aller Gewalt sich gegen euch gestemmt. An euren Rockschößen hängend habt ihr sie über alle Hindernisse mitgeschleift.

Heute würdet ihr sie bei offenem Widerstand abschütteln. Das wissen die Führer und wenden das bessere Mittel, die geheime Sabotage an.

Dabei zeigen sie sich als Meister der List und Schlauheit, die sie fälschlicher Weise dem Führer der Weltrevolution (Lenin) unterstellen.

Wir Kommunisten haben nichts zu verheimlichen, wir sagen euch, alle Pressevertreter der Arbeiterparteien, SPD., USPD. und VKPD. sollen freien Zutritt zu euern Betriebsräte-Vollversammlungen haben.

Wenn auch ein „Vogel" Türwache hält, so könnt ihr in eurem wirklichen Interesse in keinen zugedeckten Vogelkäfig schlüpfen.

Ihr als Betriebsräte könnt nur leben und weben in der breiten Oeffentlichkeit, die jedem Arbeiter Beurteilung erlaubt.

Das hat der „Herr Vogel" verhindert.

Der Sinn seiner rigorosen Türkontrolle war das Bestreben der politischen Nachteule, die Strahlen des sie blendenden Kommunismus nach Möglichkeit abzuschwächen. Spricht das Verhalten dieses Torwächters des Rechtssozialismus für uns oder gegen uns?

Wenn unsere Idee Unsinn ist, warum erringt sich Herr Vogel nicht den größten Lorbeerkranz und widerlegt uns? Nichts sollte doch leichter sein.

Arbeiter Breslaus! In einer Zeit, wo die Metallindustriellen den Lohnabzug vornehmen, der Achtstundentag bei den Eisenbahnern durchbrochen wird, die Konterrevolution zu den letzten Schlägen ausholt, gibt es für Vogel und Konsorten nichts anderes zu tun, als in dieser Weise Cerberus zu markieren.

Arbeiter, denkt selbst nach und handelt.

Schon der selbständige Gedanke wird eine revolutionäre Tat, den Anfang des Kommunismus bedeuten.

Magistrats-Mitteilungen.

Die Stadtverteilungsstelle erläßt eine Bekanntmachung betr. Verlegung einer Brotmarkenstelle. Wir machen darauf aufmerksam.

Schulpflichtige Kinder erhalten, auch wenn sie noch nicht 6 Jahre alt sind, vom 1. April 1921 ab, die gleiche Menge Brotmarken wie Erwachsene. Soweit für diese Kinder bei der gegenwärtigen Markenausgabe für die ganze bis 1. Mai 1921 reichende Markenperiode irrtümlicherweise noch die Kinderration verabfolgt worden ist, kann die Markenmehrmenge noch nachträglich in der zuständigen Ausgabestelle in Empfang genommen werden.

Unterrichtsbeginn im neuen Schuljahr. Auf Beschluß der Schuldeputation ist der Unterrichtsbeginn in dem nächsten Schuljahre für Sommer und Winter gleichmäßig auf 8 Uhr festgesetzt worden.

Versammlungskalender.

Freitag, den 11. März, abends 7½ Uhr, außerordentliche Generalversammlung. 1. Bericht des Aufsichtsrates und Bilanzlegung. 2. Beschlußfassung über den Verkauf des Zeitungsunternehmens. 3. Liquidierung der Genossenschaft. 4. Verschiedenes.

Sozialistischer Verlag
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Der Vorstand. Damelang. Riedel. — **Der Aufsichtsrat.** Ammon.

Lokal wird noch bekannt gegeben.

Kassierer! Die Haupt-Distriktskassierer wollen die Marken zu 50 Pf. und 30 Pf. für arbeitslose Genossen im Parteibüro abholen. Die Abrechnung für die Monate Januar und Februar d. Js. hat spätestens bis zum 10. d. Mts. zu erfolgen. Jeder Genosse, der bis dahin nicht kassiert wurde, hat sich nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr beim Kassierer im Parteibüro einzufinden.

Kassierer der Ortsgruppe Breslau VKPD.

Kommunistische Jugend. Donnerstag abends, Schule Minoritenhof. Vortrag: Jugend und Gewerkschaft.

Alle im Baufach tätigen Kollegen, die auf dem Boden der 3. Internationale stehen, haben am Donnerstag, den 3. März, im roten Löwen, Kupferschmiedestraße, abends 7 Uhr, pünktlich zu erscheinen zu einer wichtigen Besprechung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Legitimation Verbandsbuch und Parteimitgliedsbuch.

Distrikt 1 und 2. Donnerstag, den 3. März, abends 7½ Uhr, Krullstraße 6. Tagesordnung: 1. Ausbau unserer Partei (Referent anwesend). 2. Verschiedenes.

Distrikt 5. Donnerstag, den 3. März, Versammlung. Tagesordnung: 1. Wesen und Ziel unserer Partei. 2. Verschiedenes.

Distrikt 7. Freitag abend 7½ Uhr Versammlung bei Koschek, Luisenstraße 13. Vortrag: Erlebnisse in Sowjetrußland.

Distrikt 8. Donnerstag, den 3. März, abends 7½ Uhr, Versammlung, Neudorfstraße 84.

Distrikt 9. Freitag abend Distriktsversammlung, Westendstr. 73, Ecke Posenerstraße, bei Josef Hauke.

Distrikt 9a. Freitag, den 4. März, abends 7 Uhr, Distriktsversammlung. Lokal von Nitschke, Berliner Straße 37. Alle Genossen pünktlich erscheinen.

Waldenburg. Fraktionssitzung der Metallarbeiter. Freitag, den 4. März, abends 6 Uhr, in der Stadtbrauerei Waldenburg. Erscheinen aller Kollegen erwünscht. Legitimation Mitgliedsbuch der Partei. Die komm. Fraktion der Metallarbeiter.

Unterbezirk Waldenburg. Freitag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, Unterbezirkskonferenz bei Passen, Freiburger Straße. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein, da wichtige Tagesordnung. Die Unterbezirksleitung.

Weißstein. Sonntag, den 6. März, vorm. 9 Uhr, im Hochwald, Mitgliederversammlung.

Görlitz. Metallarbeiter-Fraktion. Donnerstag, den 3. März, abends ½8 Uhr, wichtige Sitzung im „Zeppelin", Jauerniker Straße. Jeder Genosse muß zur Stelle sein.

Ohlau. Sonntag, den 6. März, vorm. 9 Uhr, findet im Gasthaus bei Schmidt eine außerordentliche Mitgliederversammlung der VKPD. statt. Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht.

Eingesandt.

(Für Zuschriften unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Lungenheilpflege- und „Lebensmittelschieberstätte" der Stadt Breslau zu Herrnprotsch.

Der Macher des Ganzen und allgewaltiger Diktator ist der Inspektor Oskar Opolka. Er versteht sein System und das System der bürgerlichen Ordnung, in der man durch Geld alle Verbrechen machen lassen kann. Durch allerlei Bestechungen seiner Vorgesetzten schafft er sich in den oberen Regionen den nötigen günstigen Wind, um umso rücksichtsloser nach unten einen hundsgemeinen ordinären Terror, besonders gegen die, die nicht auf einer geistig so niedrigen Stufe stehen wie er, auszuüben. Idioten und Schwachköpfe, auch der tiefste Moob sind seine Lieblinge. — Warum? —

Wo ist die Antwort auf das Eingesandt vom 12. November des früheren Oekonomen Ferdinand Zimmer? Fürchtet man sich? Scheut man das Tageslicht? Oder fühlt man sich schuldbewußt? Wir fordern eine Antwort, wir verlangen die Erledigung dieser Angelegenheit vor der Oeffentlichkeit.

Ein sehr Neugieriger.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H."
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert,
für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.
Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater. Donnerstag 7 Uhr: Orpheus in der Unterwelt. Freitag 6 Uhr: Lohengrin. Voranzeige: Der Ring der Nibelungen. Anfang Dienstag, 8. März.

Lobe-Theater. Täglich 7½ Uhr: Die Fahrt ins Blaue.

Thalia-Theater. Täglich 7½ Uhr: Schnitzlerabend (Gefährtin, Literatur, Der tapfere Cassian).

Schauspielhaus. Operettenbühne. Tl. R. 2545. Täglich 7½ Uhr: Die blaue Mazur. Sonntag nachm. 3½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Händlerpreisliste gratis F. Rutter, Nikolaistr. 16/17

Liebich-Theater Täglich 7½ Uhr: Illenebs Löwen und das glänzende März-Programm.

Frauen wenn Ihre monatliche **Regel ausbleibt** oder stockt, teilen Sie ohne Sorge Ihnen Lebensmut bringt Ihnen einzig und allein auf meine neue Spezialität, Sieg über alle andere welche den ... davonträgt. — **Kein Schwindel**, wofür garantiert wird. Frauen, **alles** vergeblich welche schon versucht hatten, schreiben überraschende **Wirkung** selbst in hartnäckig, verzweifelt. hoffnungsl. Fall. Unschädl. **Garantie** für jeden **Fall, sonst Geld zurück.** Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. Diskreter Versand. **Frau E. Wollenweber,** Hamburg (Elbe 200) Hammerstrasse 31. Ich übertreibe nicht! **Viele** frohe Dankesbriefe bestätigen den Erfolg.

Freireligiöse Gemeinde Nieder-Hermsdorf. Freitag, den 4. März 1921, findet im Gasthof zur Friedenshoffnung ein **Oeffentlicher Vortrag** statt. Thema: „Priesterschaft und Jenseitsglaube." Redner: Herr Lehrer Paschmann.

Bekanntmachung. Die Brotmarkenausgabestelle des ehemaligen 29. Polizeireviers, Trinitasstraße 8, wird am Freitag, den 4. März 1921, nach Gräbschener Straße 96 verlegt und dort mit der Ausgabestelle 21 vereinigt. An dem Umzugstage wird das Publikum noch bis 2 Uhr in Trinitasstraße 8 abgefertigt. Stadtverteilungsstelle.

Altmetalle kauft Jakloch, Neumarkt 26.

Vermiete echt. Doppelst. 250 Gramm 3,90 Mk., 100 Stck. 380 Mk. 1000 Stck. 3500 Mk. Lippert, Inh. Hahn, Bürgerhauptstr. 43.

Soeben erschienen: **Russische Korrespondenz** Nr. 19/30. Preis Mk. 9.—. Inhalt: Das dritte Jahr der Sowjet-Republik — Entente und Sowjet-Russland — Bucharin, Das Neue in der russischen Revolution — Lenin, Drei Jahre Sowjet-Wirtschaft — Lenins Fahnenjunker — Örzin, Mutter- und Säuglingsschutz — Brailsford, Eine Fabrik in Sowjet-Russland u. a. m. **Komm. Bücherei** BRESLAU 5, Gräbschener Strasse 45.

Zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune **Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich** Preis 2.50 Mk. **Komm. Bücherei** BRESLAU 5, Gräbschener Strasse 45.

Alt-Metalle kauft Otto, Kohlenstr. 8.

Weibl. Hausangestellte jeder Art, m. Zeugniss. sucht für bald u. später Städt. Hausangestellten-Vermittlung ...

Konfirmanden-Anzüge verkauft Schubert, Hummerei 5, I.

Gehrock-Anzug getragen, gut erhalten, kauft Habamel, Brandenburger Str. 9 III.

Anzeigen-Akquisiteure sofort gesucht. Meldung nachm. von 3—6 Uhr bei Brinitzer, Elbingstr. 2a, II. rechts.